

Vorwort

Mit dem Begriff „Bologna-Prozess“ wird eine groß angelegte, supranationale Studienstrukturreform bezeichnet, die in den ausgehenden 1990er Jahren einsetzte und ursprünglich 2010 abgeschlossen sein sollte, de facto aber weitergeführt wird. Damit wollen die europäischen Bildungsminister und -ministerinnen auf den globalen Wandel antworten und einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum als Grundlage für ein „Europa des Wissens“ schaffen. Wissen wird dabei als die wichtigste Ressource begriffen, die zu einer Länder übergreifenden europäischen Identität in kultureller und sozialer Hinsicht führen und eine europäische Bürgerschaft stiften soll. Gleichermaßen soll Bildung und Bildungszusammenarbeit die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken. Ein solches Vorhaben hat zum einen eine nationale Hochschulreform zur Voraussetzung, zum anderen zeitigt es in mehrfacher Hinsicht Folgen für die Gestaltung des Hochschulzugangs. Es ist das Verdienst von Sabine Klomfaß, diesen Bezug gesehen und gründlich analysiert zu haben. Keine andere Studie der inzwischen anwachsenden Bologna-Literatur thematisiert ihn bislang explizit.

Der doppelte Reformprozess hat eine Dynamik entwickelt, die die Gestalt des deutschen Hochschulwesens schon jetzt entscheidend verändert hat. Zwar hat sich das Tempo gegenwärtig verlangsamt und in den deutschen Hochschulen wird überall die „Reform der Reform“ angemahnt, weil erhebliche Umsetzungsprobleme sichtbar geworden sind, insbesondere die Überregulierung eines ohnehin überfrachteten Curriculums und der Zeitdruck, der aufgrund der Vielzahl von Prüfungen auf Lernenden und Lehrenden lastet. Der Gesamtprozess der Reform wird aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Europäisches Reformpaket und nationaler Umsetzungsdruck zusammen bewirken eine Komplexität, die nur schwer in ihren einzelnen Mechanismen durchschaubar ist. Denn die Reformprozesse können sich auf der einen Ebene als Beschleunigung, auf der anderen Ebene aber als Retardierung auswirken. Hinzu kommt, dass die Kultusminister und -ministerinnen in Deutschland mit dem Bologna-Prozess die Hoffnung verbinden, eine seit Jahrzehnten überfällige Studienreform endlich realisieren zu können. Sabi-

ne Klomfaß macht es sich zur Aufgabe, diesen komplexen Prozess genau zu durchleuchten und damit verstehbar zu machen.

Der Hochschulzugang rückt dann ins Zentrum, wenn Hochschulbildung als oberste Stufe eines gesamten Bildungssystems betrachtet wird. Massive Veränderungen in den Hochschulen müssten dementsprechend auf die vorgelagerte Bildungsstufe, also die Sekundarstufe II, zurückwirken. Den Hochschulzugang als systemisches Bindeglied zwischen Schulen und Hochschulen zu begreifen, bedeutet daher notwendigerweise, die Sekundarstufe II in den Reformprozess miteinzubeziehen. Mit dieser Sichtweise unterscheidet sich die Untersuchung von Frau Klomfaß von den meisten vorliegenden Studien, die entweder die eine oder die andere Seite des Bildungssystems thematisieren. Zugleich folgt sie damit einer Fragestellung von hoher Relevanz, die insofern eine erhebliche Herausforderung darstellt, als inzwischen auf Seiten der Hochschule deutliche Modernisierungstendenzen im Sinne des Gemeinsamen Europäischen Hochschulraums auszumachen sind, auf schulischer Seite aber eher nationalspezifisch-restaurative Reformansätze greifen.

Die vorliegende Arbeit ist in drei Teile untergliedert. Einführend klärt die Verfasserin Fragestellung, theoretischen Kontext, methodische Anlage und zentrale Begriffe ihrer Untersuchung. Leitend ist dabei die in diesem Abschnitt erläuterte Differenzierung des Neo-Institutionalismus zwischen einer kognitiven, einer normativen und einer regulativen Säule von Institutionen, die es Sabine Klomfaß erlaubt, die Analyse des Hochschulzugangs in einzelnen Interpretationsdurchgängen facettenreich vorzunehmen und im Hinblick auf die weiteren Konsequenzen zu strukturieren.

Der erste Teil ist dem Bologna-Prozess selbst gewidmet. Er rekonstruiert mit großer Klarheit die Vorgeschichte, Entwicklung und Zielsetzungen sowie die wesentlichen Handlungsfelder des Prozesses, bevor die Implementation und der aktuelle Stand in Deutschland dargestellt werden.

Der zweite Teil gilt dem Hochschulzugang. Durch den doppelten Zugriff von historischer Rekonstruktion und Ansatzpunkten aktueller bildungspolitischer Entwicklungs- und Gestaltungsprobleme gewinnt dieser Teil jenseits allen erhellenden Detailreichtums hohe analytische Schärfe. Er gipfelt in zwei Thesen: Zum einen vollziehen sich der Wandel im Sekundarbereich II und im Hochschulbereich unabhängig voneinander, d. h. die jeweiligen Veränderungen sind nicht aufeinander bezogen und folgen keinem bildungspolitischen Gesamtkonzept. Zum anderen wirken die Veränderungen in beiden Bereichen nicht in die gleiche Richtung; während der Hochschulbereich durch nach vorn weisende Neuerungen gekennzeichnet werden kann, gilt für die schulische Seite eher eine Verengung und Restriktion.

Im dritten Teil der Studie stellt Sabine Klomfaß ihre Schlussfolgerungen vor. Mit Blick auf den Hochschulzugang macht der Gemeinsame Europäische Bildungsraum eine Ausweitung des Bologna-Prozesses auf den Sekundarbereich II notwendig, um die vertikale Anschlussfähigkeit aufeinanderfolgender Bildungssequenzen zu erhöhen und die Durchlässigkeit zwischen alternativen Bildungswegen zu vergrößern. Mit Blick auf den Sekundarbereich II schlägt sie vor, den „Königsweg“ zum Abitur, also die herkömmliche Gymnasiale Oberstufe unangetastet zu lassen, aber daneben eine „Fachoberstufe“ einzuführen, die zu einer fachgebundenen Hochschulreife führt. Damit wäre die Hierarchie der Bildungswege verringert und der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft Rechnung getragen.

Mit diesem originellen Vorschlag erweist sich die Verfasserin als bildungspolitisch engagierte Streiterin für ein sozial gerechteres Bildungswesen, das auch dann in Bewegung geraten könnte, wenn sich ihr Vorschlag nicht realisieren lässt, aber die Strukturfragen neu gestellt werden. Die Ergebnisse ihrer gründlichen Studie dürften für die Hochschul- sowie die Schulforschung gleichermaßen interessant und für die weitere bildungspolitische Diskussion unverzichtbar sein.

Frauke Stübiger